

---

# hinterGRÜNde

---

Grüne Infos aus dem Thüringer Landtag

Ausgabe 02/2018



## AUFARBEITUNG HEISST VERANTWORTUNG



### BEDEUTEND

Naturschutz und Geschichte –  
das Grüne Band

3

### BEWEGEND

Abenteurer und Grenzflüchtling  
Mario Goldstein im Interview

6/7

### BETEILIGT

Mitbestimmung für mehr  
Menschen ermöglichen

9

# Liebe Leserinnen und Leser,



unsere Geschichte als Bündnisgrüne ist eng mit der friedlichen Revolution vor 30 Jahren verbunden. Viele unserer Mitglieder waren damals auf die Straße gegangen, um sich gegen das SED-Unrecht und für ihre Freiheitsrechte einzusetzen. Auch deshalb haben wir uns bei den Koalitionsverhandlungen 2014 das Thema Aufarbeitung auf die Fahnen geschrieben. In dieser Koalition nimmt somit

die Aufarbeitung eine prominente Stellung ein.

In einem Fachgespräch richteten wir unseren Blick darauf, wie **Aufarbeitung im Schulunterricht** stattfindet, und diskutierten mit verschiedenen Akteur\*innen, wie die Vermittlung dieses wichtigen Themas verbessert werden kann. Was in Sachen Aufarbeitung außerdem bereits durch Rot-Rot-Grün erreicht werden konnte und was wir noch vorhaben, lesen Sie in dieser Ausgabe.

Eine wichtige Rolle für uns – aus Naturschutz- und aus historischer Sicht – spielt das **Grüne Band**. Familien, Freunde, Paare, Nachbarn waren fast 30 Jahre durch die innerdeutsche Grenze getrennt worden. Zahlreiche Einzelschicksale und persönliche Geschichten wurden durch die Grenze schmerzhaft geprägt. Nach ihrer Öffnung entwickelte sich aus dem ehemaligen Todesstreifen die neue grüne Lebensader. Der Abenteurer **Mario Goldstein** durchwanderte das Grüne Band entlang der Thüringer Grenze – 763 Kilometer. Wir trafen ihn zum Interview, in dem er darüber berichtet.

Dass die DDR auch heute noch Folgen und Auswirkungen auf unser Leben hat, zeigt das Phänomen des so genannten „**Landgrabblings**“. Großflächige, volkseigene landwirtschaftliche Betriebe wurden nach der Wende billig verkauft. Junge Gründer\*innen haben somit kaum Chancen auf Land. Mehr dazu lesen Sie in dieser Ausgabe.

Ein Kernanliegen grüner Politik ist die Mitbestimmung und Beteiligung möglichst vieler Menschen an politischen Entscheidungen. Für uns Bündnisgrüne ein besonders wichtiges Thema, wurde den Menschen in der DDR doch tatsächliche Mitbestimmung verwehrt. Auch deshalb haben wir uns die **Ausweitung politischer Partizipation** seit dem Legislaturbeginn auf die Agenda gesetzt. Wie es mittlerweile darum bestellt ist, erfahren Sie in diesen hinterGRÜNden.

Natürlich geht es auch in anderen Bereichen bei uns voran. So wurde nach langer Arbeit endlich die Novellierung des **Thüringer Hochschulgesetzes** beschlossen. Darin haben wir unter anderem mehr Mitbestimmung für die Studierenden- und Mitarbeiter\*innenschaft festgelegt, ebenso wie mehr Transparenz. Unser Fraktionsbeschluss aus dem Jahre 2017 fand kürzlich seine Umsetzung im **eGovernmentgesetz**, wodurch die Abläufe innerhalb von Behörden sowie untereinander und im Austausch mit Bürger\*innen digitalisiert werden.

Im Sozialbereich nehmen wir verstärkt die Folgen von **Drogenkonsum und –abhängigkeit für werdende Mütter** in den Fokus. Welche Verbesserungen wir uns vorstellen, um dieses komplizierte Thema anzugehen, erfahren Sie in dieser Ausgabe.

**Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen unserer Fraktionszeitung!**

**Ihr Dirk Adams**  
**Fraktionsvorsitzender**



## Inhalt

Editorial .....	2
Verbindung von Natur und Geschichte .....	3
Aufarbeitung Demokratischer Kultur ein fester Bestandteil .....	4
Landgrabbing in Thüringen .....	5
Vom Todesstreifen zur Lebenslinie .....	6/7
Fraktionsbeschluss zur digitalen Gesellschaft wird umgesetzt .....	8
Hochschulgesetz novelliert .....	8
„Mehr Menschen zu beteiligen, das ist unser Ziel“ .....	9
Suchtkranke Mütter – unbürokratische Hilfe ist notwendig .....	10
Anonyme Spurensicherung .....	10
Termine – Rück- und Ausblick .....	11



# VERBINDUNG VON NATUR UND GESCHICHTE IN THÜRINGEN

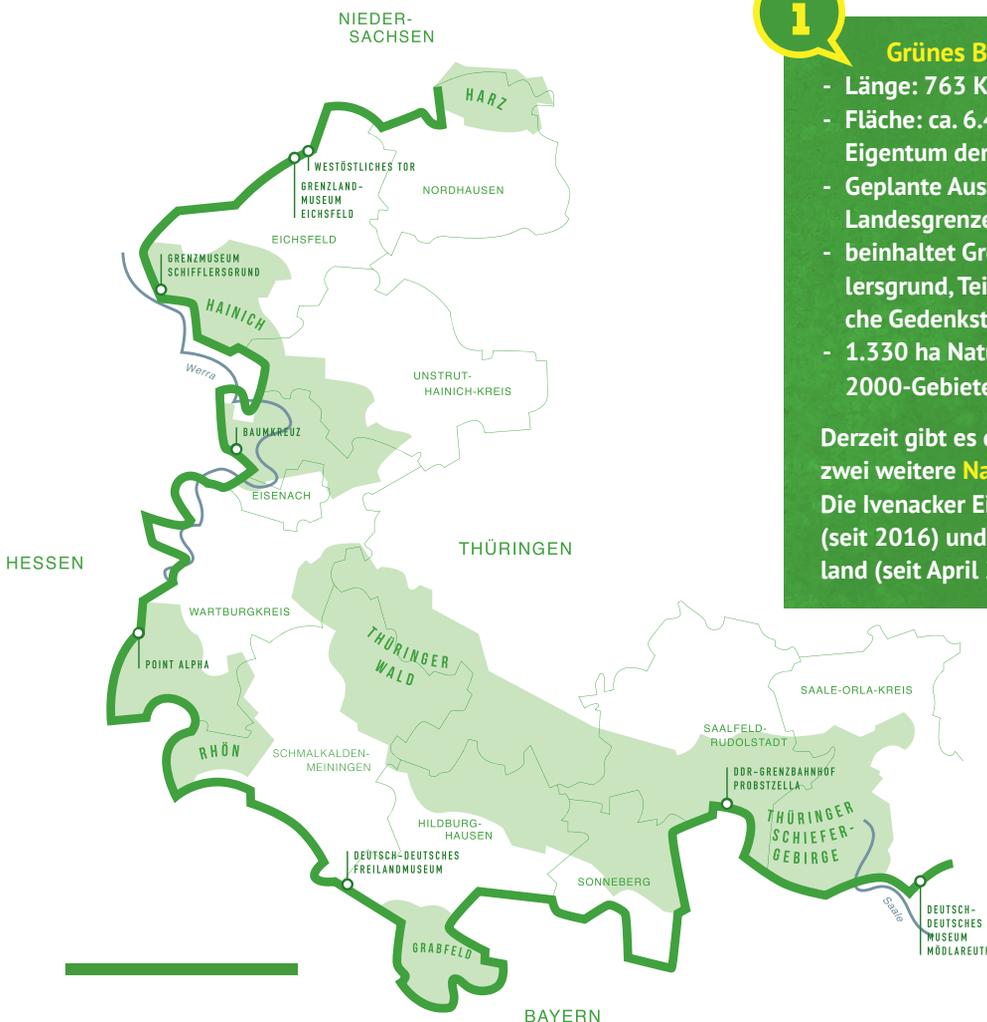
Der Eiserner Vorhang trennte von 1945 bis 1989 ganz Europa. In seinem Schatten entwickelte sich ein weltweit einzigartiges, zusammenhängendes Band vielfältiger Lebensräume, die anderswo bedroht oder ganz verschwunden sind.

Auch in Thüringen ist das Grüne Band als Verbund seltener Biotope auf 763 Kilometer Länge besonders wertvoll und schützenswert. Diese einmalige Verbindung von Natur und Geschichte macht es zu einem ganz besonderen Ort und hat die Bewohner der Region geprägt.

„Diese Entwicklung vom Todesstreifen zur Lebenslinie ist einzigartig. Dafür verdient das Grüne Band die Ausweisung als Nationales Naturmonument“, erklärt der naturschutzpolitische Sprecher von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag Roberto Kobelt. Denn nach dem Vorbild der 'National Monuments' in den USA, die wertvolle Na-

turräume oder historisch bedeutende Einrichtungen bewahren, wurde in Deutschland 2009 die Naturschutzkategorie Nationales Naturmonument für Gebiete von nationaler Bedeutung geschaffen.

Mit der Ausweisung des Grünen Bands Thüringen als Nationales Naturmonument zwischen ehemaligem Kolonnenweg und Landesgrenze unterstreicht der Freistaat Thüringen dessen Wert und sichert es nachhaltig. Die Verbindung von Natur und Geschichte macht das Grüne Band auch als Ziel für sanften Tourismus interessant.



## Grünes Band in Thüringen:

- Länge: 763 Kilometer
- Fläche: ca. 6.400 Hektar, davon 4.000 Hektar im Eigentum der Stiftung Naturschutz
- Geplante Ausweisung zwischen Kolonnenweg und Landesgrenze (ca. 50 – 200 Meter)
- beinhaltet Grenz-museen wie Point Alpha, Schiffersgrund, Teistungen, Mödlareuth sowie zahlreiche Gedenkstätten
- 1.330 ha Naturschutzgebiete, 580 ha Natura 2000-Gebiete, 19 ha Naturdenkmale

Derzeit gibt es deutschlandweit nur zwei weitere **Nationale Naturmonumente**: Die Ivenacker Eichen in Mecklenburg-Vorpommern (seit 2016) und die Bruchhauser Steine im Sauerland (seit April 2017).

Quelle: BUND Thüringen

# AUFARBEITUNG EIN FESTER BESTANDTEIL DEMOKRATISCHER KULTUR



## Fachgespräch zu Aufarbeitung im Schulunterricht

Im Fachgespräch „Keine Ahnung von Diktatur und DDR?“ - Demokratiebildung durch Aufarbeitung im Schulunterricht“ diskutierten wir mit vielen Akteur\*innen aus Wissenschaft, Schule und Aufarbeitungsinitiativen, welche Erfahrungen

Schüler\*innen im Rahmen der politisch-historischen Bildung mit der DDR-Geschichte machen und was sich daraus für die heutige Demokratieerfahrung und Demokratiebildung ergibt. Andreas Pfeifer und Frank Fritsch berichteten anfangs aus ihrer schulischen Praxis als Geschichtslehrer. Für die Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte bleibe oft nur wenig Zeit und für die einzelne Lehrkraft stelle sie eine Herausforderung im Kontext der eigenen (Familien-)Geschichte dar. Authentizität, Begegnung mit Zeitzeug\*innen und Besuche von Gedenkorten seien besonders wirksam, um DDR-Geschichte in Schule anschaulich zu vermitteln. Bildungsminister Helmut Holter betonte die Bedeutung von Demokratiebildung als wichtigen Bestandteil des Bildungsauftrags von Schule. Deshalb setzt er sich auf der Kultusministerkonferenz für eine Weiterentwicklung der Empfehlungen zu Demokratieerziehung und -bildung ein. Prof.in Anke John (FSU Jena) zeigte, dass der Diktaturbegriff von Schüler\*innen vor allem durch die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte geprägt ist. Durch undifferenzierte Diktaturkonzepte wird die DDR von Schüler\*innen insgesamt weniger als Diktatur aufgefasst. Für uns bleibt festzuhalten, dass Schule insgesamt politischer und demokratischer werden muss. Die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte als Gegenstand von Menschenrechts- und Demokratiebildung kann dazu wertvolle Beiträge leisten. Dafür sind Zeit und Raum sowie authentische Zugänge durch Zeitzeug\*innen und Gedenkorte notwendig. Ein klarer Auftrag für uns als Landtagsfraktion, den wir gern aufnehmen.

## Landesregierung berichtet zu DDR-Aufarbeitung

Im Landtag behandelten wir den 3. Bericht der sogenannten „IMAG Aufarbeitung“. Als Resümee lässt sich zusammen-

fassen: Vieles ist geschafft worden. Die Entfristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze und die Einbeziehung bisher nicht berücksichtigter Opfergruppen ist auf Antrag Thüringens ebenso im Bundesrat beschlossen worden, wie die Fortsetzungen der Überprüfungen auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst. Mit der Gesprächsreihe „Was auf der Seele brennt – SED-Unrecht im Dialog“ ist der Landesregierung ein sensibles Austauschformat gelungen. Auch die Forschung zum Thema „Christ\*innen im Unrechtsstaat DDR“ wurde durch die etablierte Arbeitsgruppe angeschoben. Zu wenig passiert allerdings beim Komplex Doping. Hier muss es über Gespräche hinausgehen, zum Beispiel mit einem Forschungsauftrag zu gesundheitlichen Folgeschäden von Dopingmitteln im DDR-Sport. Schließlich ist und bleibt Aufarbeitung für uns ein fester Bestandteil der demokratischen Kultur von heute und von morgen. Das ist unsere Verantwortung, unser Anspruch, der täglich zu erneuern ist.



„Unsere Verantwortung, unser Anspruch“

## SED-Gelder verstärkt für Aufarbeitung einsetzen

Aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR sind rund 185 Mio. Euro für eine Ausschüttung an die neuen Bundesländer vorgesehen, davon ca. 30 Mio. Euro für Thüringen. Da Aufarbeitung des SED-Unrechts eine der Kernaufgaben der Erinnerungs- und Gedenkkultur in Thüringen ist und bleibt, haben wir das mit einem Antrag zur Verwendung der in Aussicht gestellten Mittel bekräftigt. Ein Teil der Gelder soll für die Modernisierung der Erinnerungs- und Gedenkorte eingesetzt werden, ein weiterer für die Einrichtung eines Fonds für soziale Härtefälle oder bisher nicht berücksichtigte Gruppen von Opfern des SED-Unrechts. Viele Betroffene von SED-Unrecht haben bisher nicht die Möglichkeit der Rehabilitation und Wiedergutmachung erhalten. Daher werben wir dafür, diesen Fonds zusammen mit den anderen Ländern schnell aufzubauen. Aber auch dafür muss mit dem Bund verhandelt werden.

# LANDGRABBING IN THÜRINGEN



Der späte Karl Marx wusste, dass der Kapitalismus doch nicht so schnell untergehen wird. Er erkannte, dass die Zerstörung von Eigentum durch seine Wirtschaftskrisen nicht zum Untergang des Systems führt. Im Gegenteil kann sie sogar die Innovationskraft und damit den Wohlstand stärken. Doch manche Fehl-

entwicklungen unseres Wirtschaftssystems lassen sich nicht so einfach wieder auflösen. Ein markantes Beispiel ist das Landgrabbing, das Anhäufen von Grundbesitz in der Hand Weniger.

## Leider auch in Thüringen

Ist das Land erst einmal in der Hand weniger Großgrundbesitzer ist das System festgefahren.

Die Renditen werden in Steuerparadiesen sauber gewaschen und außerhalb der Landwirtschaft reinvestiert. Junge Gründer\*innen haben kaum noch Chancen Land zu kaufen. Die Wertschöpfung vor Ort sinkt. Das Land blutet aus.

Ohne die Folgen des real existierenden Sozialismus der DDR wäre dieser Ausverkauf so gar nicht möglich. Denn erst durch die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und damit die Entfremdung der Bäuer\*innen von ihrem Land konnten einige wenige Agrarunternehmen nach der friedlichen Revolution das Land billig von diesen kaufen.

Nun gehen die Geschäftsführer\*innen der Agrargesellschaften nach und nach in Rente. Doch statt den Hof an den Sohn weiterzugeben oder die Anteile an eine Existenzgründer\*in zu verkaufen, winken wiederum ganz andere mit dicken Geldbündeln: Konzerne und Geldanleger. Denn aufgrund der niedrigen Zinsen werden Immobilien und damit auch Agrarland immer attraktiver und damit zu teuer, um den Kaufpreis mit dem Ertrag der Scholle in einer Lebenszeit wieder abzubezahlen. So nimmt der Teufelskreis Fahrt auf.

## Was können wir dagegen tun?

Doch was kann man dagegen tun? Fragen wir doch mal den Bauernverband. Doch pikanterweise sind die dort organisierten Landwirt\*innen genau die wenigen Profiteur\*innen der Situation. Nicht selten ist der Anteil an einer Agrar-GmbH in den letzten knapp dreißig Jahren von wenigen tausend auf mehrere Millionen Euro gestiegen. Und wer will sich schon die Aussicht kaputt machen lassen, als Millionär\*in in Rente zu gehen?

Die Politik ist also in ihrer eigenen Analyse- und Handlungsfähigkeit gefragt. Den Ländern ist hier über das Agrarstrukturgesetz ein weiter Handlungsspielraum gegeben. Doch wenn der Thüringer Ministerpräsident dem Bauernverband Wohlverhalten versprochen hat und der Bauernpräsident SPD-Mitglied ist, so braucht es einige Überzeugungsarbeit von grüner Seite bis hier etwas in Gang kommt. Hier sind wir bereits auf dem Weg, denn es kommt nicht darauf an die Welt zu interpretieren, sondern sie in die richtige Richtung zu verändern.



**Landgrabbing** bezeichnet die Aneignung von Land oft durch wirtschaftlich starke Akteur\*innen

Mario Goldstein ist Abenteurer und Botschafter für das Grüne Band. Im Sommer 2016 wanderte er gemeinsam mit seinem Hund die 763 Kilometer des Thüringer Abschnitts vom ehemaligen Eisernen Vorhang ab. Seine Erlebnisse stellte er auf Einladung der rot-rot-grünen Koalition in einer Multivisionsshow im Thüringer Landtag vor. Wir trafen ihn zum Interview.

**Sie sind mit Ihrem Hund entlang des Grünen Bandes gelaufen und haben dieses Erlebnis filmen lassen. Warum haben Sie sich ausgerechnet für diese Tour entschieden?**

**Mario Goldstein:** „Das Grüne Band wurde als ehemaliger Grenzstreifen sehr lang von mir gemieden. Die schmerzhaften Erfahrungen meiner Kindheit, die das DDR-Regime in mein Leben brachte, wurden lange von mir verdrängt. Ich saß als 15-Jähriger wegen Vorbereitung von Republikflucht zweieinhalb Monate im Gefängnis, drei Jahre später wurde ich erneut wegen Republikflucht eingesperrt. Diese gewaltsame Unterdrückung meines Freiheitsdrangs entwickelte sich zu einer inneren Angst. Fast dreißig Jahre konnte ich mich nicht mit diesem Trauma auseinandersetzen. Es schlummerte sozusagen in mir und hat vielleicht darauf gewartet, dass es irgendwann aufgebrochen wird.“

Nachdem der BUND mich fragte, ob ich die ehemalige deutsch/deutsche Grenze in Thüringen abwandern wolle, spürte ich, dass dies meine Chance ist, mich mit meiner eigenen Vergangenheit zu versöhnen. Zudem war das Grüne Band in Thüringen auf dem Weg zum Nationalen Naturmonument und es wurde schnell klar, dass ich meinen Teil dazu beitragen kann.“

**Sie haben ihr persönliches Verhältnis zu der Grenzregion angesprochen. Welche Erwartungen hatten Sie an Ihre Reise?**

**M.G.:** „Mit dieser Wanderung hatte ich die Möglichkeit tief in die Vergangenheit einzutauchen. Dabei war klar, dass es hier nicht nur um meine eigene Geschichte geht, sondern um das Schicksal von hunderttausenden von Menschen, die unter dieser gewaltsamen Trennung gelitten haben. Ich traf auf außergewöhnliche Menschen, die heute am Grünen Band leben und hatte die Möglichkeit mit Grenzsoldaten, Flüchtlingen und Zeitzeugen zu sprechen. Oft waren es sehr emotionale Begegnungen.“

Meine Erwartungen wurden letztendlich übertroffen. Das Grüne Band ist heute ein Beispiel dafür, dass die Grenzen des Denkens überwunden werden können und gibt Hoffnung für alle Menschen, die unter ähnlichen Umständen leben und leiden. Es zeigt, dass es möglich ist aus einem Todesstreifen eine Lebenslinie zu machen. Gewaltfreie Weiterentwicklung, die sich heute in einer einzigartigen Natur zeigt und unzähligen seltenen Arten ein Zuhause



# VOM TODESSTREIFEN ZUR LEBENS- LINIE

*Fotos: Ramona Goldstein*

bietet. Mit dem Grünen Band ist eine immergrüne Landstraße entstanden, die sich letztendlich von der Ostsee bis ins Vogtland, meiner Heimat, zieht.“

**Was macht das Grüne Band für Sie einzigartig?**

**M.G.:** „Allein die Geschichte des Grünen Bandes als ehemaliger Grenzstreifen, der nicht nur ein Land, sondern auch Familien und ein ganzes Volk getrennt hat, macht es einzigartig. Was jedoch aus heutiger Sicht bemerkenswert ist, ist die einzigartige Naturlandschaft, die entstanden ist und die Tatsache, dass sich das Band als Verbindungslinie versteht, welches nicht nur Perlen der Natur, sondern letztendlich vor allem die Menschen miteinander verbindet.“

Eine Entwicklung, die weltweit ein Zeichen setzt. Es spiegelt die menschliche Fähigkeit wieder, selbst scheinbar hoffnungslose Spaltungen friedlich zu lösen. Es nimmt eine Vorbildfunktion ein und bringt Aufmerksamkeit. Die Welt schaut auf uns und ich bin überzeugt, dass dieses Beispiel Schule machen wird.“



ihre Erlebnisse mit mir geteilt und mir ihr Vertrauen geschenkt.

Am meisten hat mich jedoch die Begegnung mit einem ehemaligen Zollbeamten der BRD, der Zeuge eines Todeschusses wurde, geprägt. Das Besondere an diesem Treffen war, dass auch ein ehemaliger Grenzsoldat dabei war. Wir standen zu dritt an dem Platz, wo Heinz Josef Große 1982 erschossen wurde, und waren alle tief betroffen. Diese Begegnung war für mich ein entscheidender Moment auf dieser Wanderung. Eine Versöhnung, die einen inneren Frieden brachte. Dafür bin ich sehr dankbar.“

### Ihr Fazit?

**M.G.:** „Ich konnte mich bei dieser Wanderung mit meiner Vergangenheit aussöhnen. Heute hege ich keinen Groll mehr gegen die Menschen, die mich damals eingesperrt haben.“

Die Geschichte zeigt, dass man den Freiheitsdrang eines Menschen nicht mit Grenzzäunen und der Kalaschnikow aufhalten kann. Der innere Drang nach Freiheit und der Wunsch nach Selbstbestimmung liegt in der Natur eines jeden Menschen.

Jegliche Probleme in der Welt müssen im Dialog und auf friedliche Art und Weise gelöst werden. Das Grüne Band zeigt, dass dies möglich ist.“

Wir haben mit dem Grünen Band die Möglichkeit eine fortschrittliche Lösung aufzuzeigen, wie sowohl Geschichte als auch deren Aufarbeitung geschehen kann. Damit entsteht ein Mahnmal für unsere Nachkommen und es wird gleichzeitig zu einem Schutzgebiet für viele seltene Tierarten. Beides wird hier miteinander verbunden.“

### Es gibt viele Argumente für das Grüne Band. Was macht es für Sie so schützenswert?

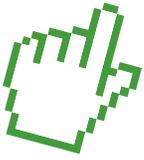
**M.G.:** „Allein die Tatsache, dass dort heute über eintausend seltene Arten zu Hause sind, spricht für sich. Seltene Pflanzenarten, Insekten und außergewöhnliche Tiere, wie Luchs und Wildkatze, leben im und am Grünen Band und finden dort Nahrung und Schutz. Die abgelegene Lage ermöglicht es den Pflanzen und Tieren sich ungehindert zu vermehren. Ohne diese Lebenslinie, würden wir diese Arten gefährden oder für immer in Deutschland verlieren. Den geschichtlichen Aspekt hatte ich bereits angesprochen. Diese Symbiose zwischen Vergangenheit und Gegenwart ist weltweit einzigartig und weist den Weg in die Zukunft.“

### Sie haben ganz unterschiedliche Menschen getroffen und viel von der Natur gesehen. Welches Erlebnis hat Sie auf Ihrer Tour am meisten geprägt?

**M.G.:** „Emotional haben mich am meisten die Menschen berührt. Sie haben



# FRAKTIONSBECHLUSZ ZUR DIGITALEN GESELLSCHAFT WIRD UMGESETZT



Im April wurde im Parlament das „Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Thüringen sowie zur Änderung verfahrensrechtlicher Vorschriften“ verabschiedet. Hinter diesem schönen Titel verbirgt sich das, was Vielen als eGovernmentgesetz bekannt ist. eGovernment

beschreibt die Kommunikation und das Verwaltungshandeln, sowohl zwischen behördlichen Institutionen als auch zwischen Behörden und den Bürger\*innen auf digitalem Weg.

Wir haben uns als Fraktion dazu bereits im Februar 2017 positioniert und einen Fraktionsbeschluss zum Thema digitale Gesellschaft gefasst. Nun freuen wir uns, dass wir unsere dort gefassten Kriterien umsetzen konnten:

Mit dem vorliegenden Gesetz beenden wir den Flickenteppich von IT-Einzellösungen in Thüringen. Wir geben

Thüringen die Möglichkeit, die Hoheit über Soft- und Hardware dabei in eigener Hand zu halten und setzen dafür ganz bewusst auch auf offene Standards und Schnittstellen.

So wollen wir die Vorteile der Digitalisierung nutzen und mögliche Risiken minimieren. Dabei muss die Stärkung der digitalen Widerstandsfähigkeit im digitalen Alltag, besonders auch der Bürger\*innen, im Mittelpunkt stehen.



**Servicekonto:** Verwaltungsangelegenheiten sollen zukünftig über ein einheitliches Servicekonto abgewickelt werden können. Ein Konto für alle Angelegenheiten. Einfach und unkompliziert für die Bürger\*innen

**Maschinenlesbar:** Daten gelten als maschinenlesbar, wenn ein Datenträger unmittelbar (d.h. ohne menschliches Zutun) von einer DV-Anlage gelesen werden kann.



## HOCHSCHULGESETZ NOVELLIERT

Wir als Koalition haben eine historische Chance genutzt: Mit dem neuen Thüringer Hochschulgesetz, das im Aprilplenum beschlossen wurde, hat Thüringen seine Hochschulstandorte zukunftsfähig aufgebaut. Und das in einer Zeit, in dem die Machtstrukturen im Wissenschaftsbetrieb zu Recht nachhaltig infrage gestellt worden sind.

Wir haben die Chance auf Veränderung ergriffen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: von der Stärkung der Governance-Strukturen, wie den Befugnissen des Senats, stärkere Einbeziehung der Beteiligten durch paritätische Gremien und Studiengangskommissionen; über Grundsätze guter Arbeit, der Besserstellung der Lehrbeauftragten; bis zur geforderten Ausweitung von Gleichstellungs- und Diversitätsfragen haben wir das Hochschulgesetz auf

breiter Ebene zukunftsfähig gemacht.

Demokratie ist in unseren Augen die Form der Herrschaft, die unser Zusammenleben am nachhaltigsten gestaltet, eben weil viele Perspektiven einfließen. Damit meinen wir echte Nachhaltigkeit, die sich NICHT mit der Klimabilanz von Gebäuden erschöpft, sondern eine Vielzahl von Nachhaltigkeitsaspekten berücksichtigt, wie Arbeitnehmer\*innenrechte, Qualifizierung und Chancengleichheit sowie Teilhabe an Politik und am Gemeinwesen. Darum haben wir auch die „Orientierung an der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie“, die auf dem Nachhaltigkeitskodex basiert, in die Aufgabenbeschreibung der Hochschulen aufgenommen.

„Wir haben die Chance auf Veränderung ergriffen.“



# „MEHR MENSCHEN ZU BETEILIGEN, DAS IST UNSER ZIEL“



Wie kann man für möglichst viele Menschen den Zugang zu politischer Beteiligung und Mitbestimmung schaffen und erleichtern? Was wurde bisher umgesetzt? Dirk Adams dazu im Interview.

Rot-Rot-Grün ist 2014 mit der Ankündigung gestartet, mehr für die politische Beteiligung tun zu

wollen. Wie geht es voran?

**Dirk Adams:** „Bei den letzten Kommunalwahlen durften erstmals auch 16- und 17-Jährige mitentscheiden. Das ist aus meiner Sicht schon ein großer Schritt. Wir wollen so vielen Menschen wie möglich mehr Mitbestimmung ermöglichen. Es ist deshalb eine wichtige Sache, jungen Menschen zu zeigen, dass ihre Stimme auch bei Wahlen Gewicht findet. Ich glaube, dass so auch das politische Interesse bei jungen Leuten geweckt oder gestärkt werden kann.“

**Der nächste Schritt wäre dann Wählen ab 16 auch bei Landtagswahlen.**

**D.A.:** „Für uns auf alle Fälle. Gegenwärtig befindet sich auch ein Gesetzentwurf in der Beratung, der die Absenkung des Wahlalters enthält. Dafür brauchen wir allerdings auch die Stimmen der CDU, da es eine Verfassungsänderung ist. In den nächsten Monaten werden wir darüber mit der CDU-Fraktion verhandeln.“

**Ist die kommunale Ebene eine Art Blaupause für mehr Mitbestimmung?**

**D.A.:** „So kann man das fast sagen, denn vieles, was heute auch auf der Landesebene Standard ist, wurde auf kommunaler Ebene erprobt. Hier gibt es schlicht durch die kleineren Strukturen und direkteren Entscheidungsmöglichkeiten einen anderen Rahmen für Mitbestimmung, als auf Landesebene. Nehmen wir nur die Bürgerentscheide. Auf kommunaler Ebene sind diese unkomplizierter, schneller und daher auch kostengünstiger durchzuführen als auf Landesebene. Aber wir sind auch daran, das zu verändern.“

**Was heißt das?**

**D.A.:** „Wir wollen mit einem Antrag von Rot-Rot-Grün den Ausbau der Demokratie auf Landesebene vorantreiben. Da-

rin geht es neben den bereits angesprochenen Wahlen ab 16 auf Landesebene auch um die erleichterte Ermöglichung von Bürgerentscheiden, indem wir die Quoten dafür senken wollen. Künftig sollen dafür lediglich nur noch 5% der Wahlberechtigten notwendig sein.“

**Du sprichst von Wahlberechtigten. Das schließt letztlich z.B. die Einwohner\*innen aus, die keinen deutschen Pass haben.**

**D.A.:** „Es gibt die Möglichkeit für einen so genannten Einwohnerantrag. Dafür muss man nicht wahlberechtigt, sondern lediglich in Thüringen wohnhaft sein. Mehr Menschen zu beteiligen, das ist unser Ziel. Auch hier wollen wir die Mindestanzahl an Einreichenden absenken, nämlich auf 10.000 Unterschriften.“

**Was erhoffst du dir von diesen Neuerungen?**

**D.A.:** „Wir Grüne sprechen oft von der ‚Kultur des Gehörtwerdens‘. Auf Veranstaltungen mit Bürgerinnen und Bürgern stellen wir zum Teil fest, dass Menschen das Gefühl des Gehörtwerdens nicht mehr haben. Mit den verbesserten und erleichterten Möglichkeiten der Mitbestimmung wollen wir deutlich machen, dass Menschen durchaus gehört werden und ihren politischen Willen äußern können, in Wahlen oder Bürgerentscheiden. Dabei helfen auch mehr Transparenz und Demokratiebildung. Im Grunde sind es Mechanismen, die wir optimieren wollen. Ob die Menschen in Thüringen das annehmen und nutzen, bleibt abzuwarten.“

Weitere Infos im Rück- und Ausblick ► Seite 11

Zum 1. Mai marschieren ca. 700 Neonazis, organisiert von der NPD, durch Erfurt. Gegen den Aufmarsch protestierten etwa doppelt so viele Gegendemonstrant\*innen, darunter Astrid Rothe-Beinlich und Dirk Adams. Nach einem schnellen antifaschistischen Frühstück machten sie anschließend deutlich, dass man Erfurt nicht den extremen Rechten überlassen wird.



# SUCHTKRANKE MÜTTER – UNBÜROKRATISCHE HILFE IST NOTWENDIG



Die Gefahren, die von Drogen ausgehen, sind hinlänglich bekannt. Alle legalen und illegalen Suchtmittel fügen einer Mutter und ihrem ungeborenen Kind in irgendeiner Weise Schaden zu. Die Schäden für das Kind sind häufig langfristig oder dauerhaft, zum Beispiel körperliche, psychische kognitive oder soziale Folgeschäden.

„Es ist mir ein Anliegen, suchtkranken Müttern ein umfassendes Hilfeangebot zu unterbreiten. Die bereits heute in Thüringen etablierten Hilfen müssen weiter ausgebaut und besser aufeinander abgestimmt werden“, fordert die gesundheitspolitische Sprecherin Babett Pfefferlein.

Es scheint, dass sich der Drogenkonsum in den letzten Jahren in Richtung „Crystal Meth“ verschoben hat. Das stellt die Hilfesysteme vor noch größere Herausforderungen, da die Konsumentinnen durch die extreme physische und psychische Belastung oft nicht in der Lage sind, kontinuierliche Hilfen wahrzunehmen. Und dennoch lieben die Frauen ihre Kinder; ein Kind kann eine große Motivation sein, aus dem Teufelskreis der Drogensucht auszusteigen.

Daher scheint es notwendig, vermehrt stationäre Therapien gemeinsam für Mütter und Kinder anzubieten. Außerdem müs-

sen die Wartezeiten auf einen Therapieplatz deutlich verringert werden.

Aus verlässlichen, repräsentativen Quellen stammen folgende Zahlen: In Deutschland konsumieren ca. 100.000 Frauen illegale Drogen. Etwa 3 von 1.000 Kindern haben eine drogenkonsumierende Mutter. In Thüringen sind schätzungsweise 49.500 Kinder und Jugendliche von einer elterlichen stoffgebundenen Suchterkrankung betroffen. Kinder aus suchtbelasteten Familien sind die größte bekannte Risikogruppe für eine spätere eigene Suchterkrankung.

Drogenabhängige schwangere Frauen müssen suchtmedizinisch, geburtshilflich und psychosozial behandelt und betreut werden. Grundsätzlich ist die Zusammenarbeit von Gynäkologen, Hebammen, Suchtberatungsstellen, Psychologinnen, Jugendämtern, Geburtskliniken und anderen Institutionen im Zusammenhang mit Drogensucht besonders wichtig.

„Die Frage ist“, so Babett Pfefferlein, „was politisch getan werden kann, um vom qualifizierten Entzug unverzüglich in die Reha überzuleiten und so den Müttern und ihren Kindern die Chance auf ein Familienleben ohne Sucht zu bieten. Eventuell muss es in Thüringen eine konkrete gesetzliche Neuregelung geben, um eine bessere Zusammenarbeit zwischen Rententräger, Krankenhaus, Krankenkasse zu gewährleisten.“

„Müttern und ihren Kindern die Chance auf ein Familienleben ohne Sucht bieten“

## ANONYME SPURENSICHERUNG

„Viele Opfer entscheiden sich nach sexuellen Übergriffen oder Vergewaltigungen oft nicht gleich für eine Anzeige bei der Polizei“, erklärt Babett Pfefferlein, „die Möglichkeit, rechtssicher Spuren zu sichern, die dann zu einem späteren Zeitpunkt als Beweise verwendet werden können, ist somit nicht mehr gegeben, wenn sich die Opfer erst später zu einer Anzeige entschließen.“

Aus diesem Grund haben die Koalitionsfraktionen einen Antrag auf den Weg gebracht, der die Grundlagen für die Möglichkeit einer anonymen Spurensicherung für Opfer von Vergewaltigung und sexualisierter Gewalt legen soll.

„Die Möglichkeit einer anonymen Spurensicherung, also einer anzeigenunabhängigen Spurensicherung, z.B. in Krankenhäusern, Notaufnahmen sowie qualifizierten Opferverbänden, würde den Opfern helfen. Wenn diese aus Angst und in einer extremen emotionalen Ausnahmesituation nicht direkt nach sexuellen Übergriffen oder einer Vergewaltigung Strafanzeige erstatten, besteht somit zu einem späteren Zeitpunkt die Möglichkeit, auf rechtssichere Spuren zurückzugreifen“, so Babett Pfefferlein weiter.

In anderen Bundesländern gibt es das bereits. So bietet zum Beispiel die Charité in Berlin diese Möglichkeit an. Dort hat sich das als ausgesprochen hilfreich erwiesen.

# RÜCK- UND AUSBLICK



Alle Termine und Infos gibt es auch auf der Internetseite der Fraktion:

► [gruenlink.de/gch](https://gruenlink.de/gch)



### 9. Mai 2018: Fraktion gratuliert Nationalpark zum 20-jährigen Bestehen

Anlässlich seines 20-jährigen Bestehens besuchte die Fraktion den Nationalpark Hainich. Die Abgeordneten Babett Pfefferlein, Dirk Adams und Roberto Kobelt sowie mehr als die Hälfte unser Fraktionsmitarbeiter\*innen holten die Wanderschuhe aus dem Schrank und packten die Wasserflaschen und Lunchpakete in den Rucksack, um dem Nationalpark gebührend zu gratulieren.

### 30. Mai 2018: Astrid Rothe-Beinlich im Beirat des Bundesbeauftragten für Stasiunterlagen

Vom Kabinett wurde Astrid Rothe-Beinlich in den Beirat berufen. Ab dem Sommer wird sie Thüringen gemeinsam mit Iris Gleicke vertreten. So haben wir auch dort eine starke Stimme, geht es doch um die wichtige Frage, wie es mit den Außenstellen bundesweit weitergeht. Unser Ziel bleibt die dezentrale Verankerung von Aufarbeitung am historischen Ort und die Zugänglichkeit der Akten für alle Betroffenen.

### 14.-15. September 2018: Demokratietagung der Fraktion

Vom 14. bis zum 15. September organisiert die Fraktion eine große Demokratietagung mit zahlreichen Workshops sowie Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Gesellschaft. U.a. werden Maßnahmen für mehr Beteiligung, für Demokratie in Zeiten der Digitalisierung und Demokratiebildung diskutiert. Am Abend des 14. September klingt die Tagung in einem geselligen Beisammensein aus.

## DIE ABGEORDNETEN DER FRAKTION



### Dirk Adams

Fraktionsvorsitzender  
Sprecher für Innenpolitik und Kommunales

Telefon: 0361/37-72660

E-Mail: [dirk.adams@gruene-thl.de](mailto:dirk.adams@gruene-thl.de)



### Roberto Kobelt

Sprecher für Bau, Energie, Landesplanung, Naturschutz, Sport, Umwelt, Wohnen, Verkehr und Forsten

Telefon: 0361/37-72692

E-Mail: [roberto.kobelt@gruene-thl.de](mailto:roberto.kobelt@gruene-thl.de)



### Astrid Rothe-Beinlich

Parlamentarische Geschäftsführerin  
Sprecherin für Bildung, Jugend, Justiz, Migration, Flüchtlinge, Religion, Rassismus und Aufarbeitung  
Mitglied im U-Ausschuss 6/3

Telefon: 0361/37-72663

E-Mail: [astrid@rothe-beinlich.de](mailto:astrid@rothe-beinlich.de)



### Babett Pfefferlein

Sprecherin für Arbeit, Familie, Frauen, Gesundheit, Gleichstellung, Petitionen, Soziales und Verbraucherschutz

Mitglied der Strafvollzugskommission

Telefon: 0361/37-72681

E-Mail: [babett.pfefferlein@gruene-thl.de](mailto:babett.pfefferlein@gruene-thl.de)



### Olaf Müller

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender  
Sprecher für Haushalt und Finanzen, Landwirtschaft, Tourismus und Wirtschaft

Telefon: 0361/37-72674

E-Mail: [olaf.mueller@gruene-thl.de](mailto:olaf.mueller@gruene-thl.de)



### Madeleine Henfling

Stv. Parlamentarische Geschäftsführerin  
Sprecherin für Wissenschaft, Kultur, Medien, Netzpolitik, Datenschutz, Europa u. Strategien gegen Rechtsextremismus  
Mitglied im U-Ausschuss 6/1 („NSU“) und Vorsitzende des U-Ausschusses 6/2 („Aktenlager Immelborn“)  
Mitglied der Enquete-Kommission „Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen“

Telefon: 0361/37-72675

E-Mail: [madeleine.henfling@gruene-thl.de](mailto:madeleine.henfling@gruene-thl.de)

### Besuchen Sie uns auch im Social Web!



[www.facebook.com/gruenethl](https://www.facebook.com/gruenethl)

[www.twitter.com/gruenethl](https://www.twitter.com/gruenethl)

[www.youtube.com/gruenethl](https://www.youtube.com/gruenethl)

# DIE MITARBEITERIN NEN DER FRAKTION

## Geschäftsstelle



**Julia Ströbel**  
*Fraktionsgeschäftsführerin*  
Telefon: 0361/37-72669  
E-Mail: julia.stroebel@gruene-thl.de



**Ines Birkmann**  
*Referentin der Fraktion*  
Telefon: 0361/37-72670  
E-Mail: ines.birkmann@gruene-thl.de



**Beate Blumenstein**  
*Referentin des Fraktionsvorsitzenden*  
Telefon: 0361/37-72660  
E-Mail: beate.blumenstein@gruene-thl.de



**Beatrice Sauerbrey**  
*Referentin der Parlamentarischen Geschäftsführung,  
Referentin für Europapolitik; Begleitung des Unter-  
suchungsausschusses 6/2 („Aktenlager Immelborn“)*  
Telefon: 0361/37-72676  
E-Mail: beatrice.sauerbrey@gruene-thl.de

## Pressestelle



**Sebastian Arnold**  
*Presse- und Kommunikationsverantwortlicher  
Pressesprecher*  
Telefon: 0361/37-72666  
E-Mail: sebastian.arnold@gruene-thl.de



**Christian Herrmann**  
*Referent für Veranstaltungsmanagement*  
Telefon: 0361/37-72654  
E-Mail: christian.herrmann@gruene-thl.de



**Mona Walter**  
*Stellvertretende Pressesprecherin, Referentin für  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*  
Telefon: 0361/37-72690  
E-Mail: mona.walter@gruene-thl.de

## Impressum hinterGRÜNde

Fraktionszeitung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Landtagsfraktion Thüringen

Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt  
Telefon: 0361/37-72670

E-Mail: info@gruene-thl.de  
Internet: www.gruene-thl.de

Vi.S.d.P.: Sebastian Arnold

Druckunterlagenschluss: Mai 2018  
Layout, Satz: WA Kleine Arche GmbH, Erfurt

Titelfoto: Library of Congress Prints and Photographs Division Washington, D.C.

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden. Wir nutzen Ihre gespeicherten Kontaktdaten ausschließlich für die Zusendung von Informationen über unsere parlamentarische Arbeit. Nachfragen oder Widersprüche an: datenschutz@gruene-thl.de

Weitere Informationen zur Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag finden Sie in unserer aktuellen Fraktionsbroschüre: <http://gruenlink.de/19r6>

## Parlamentarische Beratung



**Tamer Düzyol**  
*Referent für die Begleitung  
des NSU-Untersuchungsausschusses*  
Telefon: 0361/37-72682  
E-Mail: tamer.duezyol@gruene-thl.de



**Christian Foß**  
*Referent für Kultur, Medien, Wissenschaft, Digitale Gesellschaft  
und Datenschutz, für die Begleitung des UA 6/2 („Aktenlager Immelborn“)*  
Telefon: 0361/37-72689  
E-Mail: christian.foss@gruene-thl.de



**Tino Gaßmann**  
*Referent für Bildung, Jugend, Religion, Aufarbeitung,  
Asyl- und Migrationspolitik*  
Telefon: 0361/37-72683  
E-Mail: tino.gassmann@gruene-thl.de



**Michael Kost**  
*Justiziar und Referent für Justizpolitik*  
Telefon: 0361/37-72667  
E-Mail: michael.kost@gruene-thl.de



**Tobias Lange**  
*Referent für Grundsatzfragen, Innenpolitik und Kommunales*  
Telefon: 0361/37-72680  
E-Mail: tobias.lange@gruene-thl.de



**Gabriele Sondermann**  
*Referentin für Soziales, Gesundheit, Verbraucherschutz,  
Ernährung, Arbeit, Gleichstellung und Petitionen*  
Telefon: 0361/37-72693  
E-Mail: gabriele.sondermann@gruene-thl.de



**Ralf Martin**  
*Referent für die Begleitung der Enquete 6/1 Rassismus, Stv.  
Referent für die Begleitung des UA 6/2 („Aktenlager Immelborn“)*  
Telefon: 0361/37-72679  
E-Mail: ralf.martin@gruene-thl.de



**Sybille Mattfeldt-Kloth**  
*Referentin für Begleitung des Untersuchungsausschusses 6/3  
 („Möglicher Amtsmissbrauch“)*  
Telefon: 0361/37-72677  
E-Mail: sybille.mattfeldt-kloth@gruene-thl.de



**Jan Richter**  
*Referent für Finanzen, Haushalt,  
Wirtschaft und Tourismus*  
Telefon: 0361/37-72678  
E-Mail: jan.richter@gruene-thl.de



**Matthias Schlegel**  
*Referent für Bau, Landesplanung, Verkehr, Wohnen,  
Landwirtschaft, Forsten und Gentechnik*  
Telefon: 0361/37-72691  
E-Mail: matthias.schlegel@gruene-thl.de



**Norbert Sondermann**  
*Referent für Energie, Klima,  
Umwelt, Naturschutz und Sport*  
Telefon: 0361/37-72692  
E-Mail: norbert.sondermann@gruene-thl.de